

Unterzeichnung der Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Rahmen der bundesweiten Initiative "Orte der Vielfalt"

KSD 20080015

---

**ANTRAG**

Der Stadtrat möge wie folgt beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, im Namen der Stadt Ludwigshafen am Rhein die „Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ im Rahmen der bundesweiten Initiative „Orte der Vielfalt“ zu unterzeichnen.

## **Begründung:**

Mit der Initiative „Deutschland – Ort“ der Vielfalt möchte die Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium des Innern und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, die Kommunen überall in Deutschland in ihrem Engagement für Menschenwürde, demokratische Werte, Vielfalt und Toleranz stärken. Die Bundesregierung hat deshalb alle Kommunen in Deutschland eingeladen, die „Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ zu unterzeichnen.

Die Kommunen bekennen sich mit dieser Erklärung

- zum Einstehen für und zur Förderung von demokratischen Werten und Toleranz;
- zur Förderung von sozialem Engagement;
- zum entschlossenen Handeln gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und damit zusammenhängende Gewalt
- zur Vernetzung und Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften vor Ort;
- zur sozialen und emotionalen Stärkung junger Menschen mit dem Ziel, sie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu wappnen.

Ludwigshafen ist ein Ort der Vielfalt – eine Stadt, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft friedlich zusammenleben und in der Politik und Zivilgesellschaft gemeinsam für die Umsetzung der in der Erklärung genannten Werte und Ziele eintreten.

Im Wissen darum hat die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung die Stadt Ludwigshafen am Rhein zur Unterzeichnung der Erklärung eingeladen. Die Oberbürgermeisterin hat in ihrer Neujahrsansprache angekündigt, dass sie die Erklärung gerne unterzeichnen möchte, um damit deutlich zu machen, dass Ludwigshafen eine Heimat ist für alle Menschen, die sich Vielfalt, Toleranz und Demokratie bekennen.

Die tragische Brandkatastrophe am 3. Februar ist also nicht der Anlass für die Unterzeichnung dieser Erklärung. Aber die Ereignisse in der Folge der Brandkatastrophe haben noch einmal allen vor Augen geführt, wie wichtig das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft für das Zusammenleben in Ludwigshafen ist. Sie haben auch gezeigt, dass dieses Zusammenleben zwar nicht frei von Schwierigkeiten ist, dass es aber im Kern funktioniert. Der Zusammenhalt der deutschen und der türkischstämmigen Bevölkerung hat sich bewährt, obwohl durch die Medienberichterstattung von außen Angst und Misstrauen geschürt wurden. Die Spenden und Hilfsangebote, die bei der Stadtverwaltung eingegangen sind, sind ein beredtes Zeugnis der Solidarität.

## **Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Rahmen der bundesweiten Initiative „Orte der Vielfalt“**

Die Stadt Ludwigshafen am Rhein erklärt sich bereit, einen aktiven Beitrag zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu leisten.

Leitziele ihres Handelns sind dabei:

- das Einstehen für und die Förderung von demokratischen Werten und Toleranz;
- die Förderung von sozialem Engagement;
- das entschlossene Handeln gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und damit zusammenhängende Gewalt;
- die Vernetzung und Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften vor Ort;
- die soziale und emotionale Stärkung junger Menschen mit dem Ziel, sie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu wappnen.

Die Stadt Ludwigshafen am Rhein erklärt sich bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Zuständigkeiten zum Beispiel folgende Maßnahmen zu ergreifen:

### **I. Qualifizierung und Unterstützung von Akteuren mit Vorbildfunktion**

Lokale Mandatsträger und Verantwortliche in demokratischen Parteien, Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Verwaltung, demokratische Organisationen der Zivilgesellschaft sowie die Vertreterinnen und Vertreter der lokalen Wirtschaft sind Vorbilder bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und beim Einsatz für Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Sie stellen sich rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Einflüssen wirksam entgegen. Die Stadt Ludwigshafen am Rhein unterstützt sie dabei. Dazu können folgende Maßnahmen beitragen:

- Information der kommunalen Mandatsträger sowie der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus den vor Ort ansässigen demokratischen Organisationen der Zivilgesellschaft, damit sie die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Parolen und Geschichtsverfälschungen aufnehmen und entsprechenden Tendenzen in der Bevölkerung so früh wie möglich entgegenzutreten können;
- Begleitung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im kompetenten Umgang mit rechtsextremistischen Phänomenen und Unterstützung bei den dabei auftretenden Konflikten und Interessenkollisionen;
- Aufforderungen an die lokale Wirtschaft, dafür zu sorgen, dass in den Betrieben die Vielfalt der Belegschaften gefördert und rechtsextremistisches, fremdenfeindliches und antisemitisches Gedankengut am Arbeitsplatz keinen Raum findet.

## **II. Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen demokratischen Kräften vor Ort**

Die Stadt Ludwigshafen am Rhein arbeitet eng mit den Sicherheitsbehörden und den demokratischen Kräften vor Ort zusammen – insbesondere Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft, politischen Parteien, der lokalen Wirtschaft und Gewerkschaften, lokalen Medien, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Sportvereinen und -verbänden – und unterstützt diese in ihren Initiativen für Vielfalt, Toleranz und Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Hierzu können folgende Maßnahmen beitragen:

- Unterstützung der Sicherheitsbehörden bei Maßnahmen der Information und Aufklärung von Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern und Eltern über Erscheinungsformen des Rechtsextremismus sowie effektive Gegenstrategien;
- Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden mit dem Ziel gegenseitiger Information bei Vorliegen spezieller Erkenntnisse über die rechtsextremistische Szene (z. B. öffentliche Treffpunkte der Szene);
- Unterstützung von Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft, insbesondere auch von Zugewanderten, sowie politischer Parteien, Gewerkschaften und der lokalen Wirtschaft in ihrer Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und Einbindung in kommunale Aktionsbündnisse.

## **III. Förderung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen**

Offenheit und Neugier, Konfliktfähigkeit, ein angemessenes Selbstwertgefühl und emotionale Ausgeglichenheit sind Kompetenzen, die Kinder und Jugendliche gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wappnen. Die Stadt Ludwigshafen am Rhein fördert diese sozialen und emotionalen Kompetenzen so früh wie möglich. Dazu können folgende Maßnahmen beitragen:

- Altersadäquate Vermittlung von Toleranz im Umgang miteinander bereits in der frühkindlichen Erziehung. Entsprechende Qualifizierungsangebote sollten sowohl für Erzieherinnen und Erzieher in Kindertageseinrichtungen als auch für Mütter und Väter bereitgestellt werden.
- Anregung, dass politische und historische Bildung, die Erziehung zu Demokratie und Toleranz, das Kennenlernen anderer Kulturen und Religionen, die Förderung des Miteinanders unter Schülerinnen und Schülern sowie die Vermittlung von Abwehrstrategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zentrale Inhalte außerunterrichtlicher Angebote sind.
- In Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien, Gewerkschaften, der lokalen Wirtschaft, den Kirchen und Religionsgemeinschaften, Jugendorganisationen, Sportverbänden sowie weiteren Initiativen der Zivilgesellschaft dafür Sorge tragen, dass Kinder und Jugendliche vor Ort vielfältige Möglichkeiten zur abwechslungsreichen Freizeitgestaltung und zum demokratischen gesellschaftlichen Engagement vorfinden und nicht den Lockangeboten von rechtsextremistischen Organisationen und Parteien überlassen werden.

Ludwigshafen am Rhein, den 25. Februar 2008

Dr. Eva Lohse  
Oberbürgermeisterin